A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 136 Sonnabend, den 14. November 1931. 44. Jahrgang

Frankreichs vier Punkte

Rückkehr Francois-Poncets nach Berlin.

Berlin, 13. November.

Francois-Poncet, der französische Botschafter in Berlin, ist in der Reichshauptstadt wieder eingetroffen und hatte mit dem Reichskanzler eine Besprechung über die in Paris gepflogenen Verhandlungen.

Nach der Pariser Zeitung „Excelsior" sind es vier Punkte, die die Forderung der französischen Regierung darstellen:

1. Das im Youngplan vorgesehene beratende Komitee hat genau begrenzte Vollmachten.

2. Es handelt sich darum, die deutsche Lage zu prüfen und nicht die deutsche Zahlungsfähigkeit noch einmal zu kalkulieren.

3. Die in Deutschland eingefrorenen Handelsschulden haben nichts mit den Reparationen zu tun, und die Kriegsschäden werden auf keinen Fall den Handelsschulden geopfert werden.

Die französische Regierung wird aber nicht den Zusammentritt eines Komitees von Gläubigern und Schuldnern ablehnen, das die Möglichkeiten einer teilweisen Mobilisierung dieser Kredite prüfen soll.

4. Die französische Regierung wird eine neue, vollständige und endgültige Regelung der Reparationen nur annehmen, wenn die Vereinigten Staaten eine parallele Schuldenherabsetzung zugestehen.

Ob diese vier Punkte die endgültige Forderung Frankreichs tatsächlich wiedergeben, kann zur Zeit allerdings noch nicht nachgeprüft werden; sie dürften aber mit geringfügigen Abänderungen die Pariser Ansicht widerspiegeln.

„Paris-Midi" meldet, daß man in Berliner politischen Kreisen die Audienz des Kanzlers beim Reichspräsidenten von Hindenburg als offizielle Bestätigung dafür betrachte, daß ein deutsch-französisches Kompromiß bevorstehe. Die deutsche Regierung werde spätestens am Montag oder Dienstag nächster Woche die Einberufung des Basler Komitees beantragen und in dem Brief an die interessierten Mächte ihren Standpunkt genau darlegen.

Eine Einigung ist im übrigen in dem Sinne erfolgt, daß parallel mit der Tagung des Sonderausschusses der BJZ. zur gleichen Zeit und ebenfalls in Basel ein zweiter Ausschuß beraten soll, der sich mit der Frage der in Deutschland investierten ausländischen Kredite zu befassen hat. In diesem Ausschuß sollen die privaten Gläubiger auf der einen und Deutschland als Schuldner auf der anderen Seite vertreten sein. Dadurch, daß beide Ausschüsse am gleichen Orte tagen, ist die Gewähr für ein Zusammenarbeiten gegeben werden, zum mindesten für einen, wenn auch nicht amtlichen, gegenseitigen Austausch der Verhandlungsergebnisse.

Wille zur Einigung

Auftakt zu den Pariser Wirtschaftsverhandlungen.

Berlin, 13. November.

Die deutschen Mitglieder des deutsch-französischen Ausschusses zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit haben in den letzten Tagen eine Anzahl von Besprechungen abgehalten, in denen ein Katalog der Verhandlungsgegenstände aufgestellt worden ist.

Ganz allgemein darf gesagt werden, daß alle Mitglieder der deutschen Ausschüsse den festen Willen zeigen, mit der französischen Wirtschaft zu einer Einigung zu kommen.

Alle französischen Vorschläge sollen aufs eingehendste geprüft werden, und man denke nicht daran, irgendeinen französischen Vorschlag ohne weiteres abzulehnen. Es ist damit zu rechnen, daß auch die Zukunft der Rheinschiffahrt bei diesen Verhandlungen erörtert wird, und wie verlautet, besteht die Absicht, für den Fall, daß darüber Verhandlungen nötig sein werden, auch holländische und belgische Vertreter heranzuziehen.

Bessere Aussichten

„Times" über die Lage in Deutschland.

London, 13. November.

In einem Aufsatz des Berliner „Times"-Korrespondenten über die Lage Deutschlands heißt es u. a.: Man hofft, daß Deutschland nur sehr wenig Reparationen zu zahlen haben wird und den größten Teil davon in Sachlieferungen, während die Tilgung seiner privaten Schulden in erträglichen Jahresraten erfolgen wird, so daß die vormaligen politischen Gläubiger direkt ein Interesse daran haben dürften, sich Deutschland gegenüber gut zu benehmen. Die Aussichten darauf, daß die deutschen Verbindlichkeiten vielleicht eine erhebliche Herabsetzung erfahren werden, haben die Führer der deutschen Oeffentlichkeit veranlaßt, die Nation aufzufordern, die jetzigen Opfer als den Preis einer besseren Zukunft zu tragen.

Die ganze Lage hat sich zweifellos vorwärtsentwickelt, unbedingt zum Besten Deutschlands und vielleicht auch zum Besten der Welt.

Wenn sich bei der Rechten eine zunehmende Bereitschaft zur Zusammenarbeit zeigt, mag diese Bereitschaft sehr wohl auf den Wunsch zurückzuführen sein, dabei mitzuhelfen, die Früchte des Erfolges einzusammeln. Inzwischen geht das Leben in Deutschland so ziemlich seinen gewohnten Gang. Das Land leidet unter Einschränkungen, aber die Einschränkungen sind nicht übertrieben.

Die Notlage, die seit 18 Monaten mit Notverordnungen begegnet wurde, war nicht eine bevorstehende Revolte oder Katastrophe, sondern die Unfähigkeit des Reichstages, mit seiner Unzahl von Gruppen und Parteien als gesetzgebender Körper zu arbeiten.

Am Schluß des Artikels heißt es mit Bezug auf Deutschland und Oesterreich: In beiden Ländern ist das normale politische, wirtschaftliche und finanzielle Leben einer so schweren Belastung ausgesetzt, wie sie gerade noch erträglich ist. Es ist von größter Wichtigkeit für die gesunde Entwicklung Europas, zu verhindern, daß die Belastung derartig wächst, daß ein Zusammenbruch erfolgt, und jede Anstrengung zu unternehmen, um die Last zu erleichtern.

Abrüstungskundgebungen in USA.

Neuyork, 13. November.

Die Carnegie-Friedensstiftung, der Völkerbundsverband und verschiedene andere Friedensverbände veranstalteten anläßlich des Waffenstillstandstages in 50 größeren Städten Kundgebungen für die Abrüstung.

Auf der Kundgebung in Neuyork regte der ehemalige Botschafter in Berlin und London Houghton an, unabhängig von Frankreich zwischen den Vereinigten Staaten und anderen Mächten eine Vereinbarung zur Abrüstungsfrage zu treffen. Frankreich werde sich sicher einer Abrüstung zu Wasser und zu Lande widersetzen. Die Abrüstungskonferenz in Genf dürfte aber nicht an dem Widerstand Frankreichs scheitern.

Die Tätigkeit des Wirtschaftsbeirates

Berlin, 13. November.

Ohne an dem guten Willen der Mitglieder des Wirtschaftsbeirates Zweifel zu hegen, muß doch gesagt werden, daß bei der Suche nach Lösungsmöglichkeiten für die gegenwärtige Krise und die Grundlage für ein Aktionsprogramm es so zu sein scheint, daß zwar eine Reihe von Problemen ernsthaft erörtert worden ist, daß aber bei jeder dieser Fragen, mag es sich nun um die Zinssenkung, um die Frage der Kartelle und um die Frage der Preis- und Lohnsenkung gehandelt haben, die Schwierigkeiten und Bedenken im Vordergrunde gestanden haben. Es sind nicht einmal die großen Gegensätzlichkeiten gewesen, die auseinandergeplatzt sind, sondern die in der Natur der Probleme liegenden Schwierigkeiten haben sich im Laufe der Beratungen bei den einzelnen Vorschlägen immer mehr verstärkt.

In dem Zusammenhang darf noch einmal daran erinnert werden, daß Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsbankpräsident Luther sich stets und einmütig gegen alle Vorschläge gewandt haben, die inflationistische Wirkungen im Gefolge haben könnten.

Bei der Frage der Auflockerung der Tarife wird einmal die schnellere Anpassungsmöglichkeit an veränderte Verhältnisse gefordert. Das bedeutet u. a. die

Einführung einer Kündigungsklausel.

Hier wird aber von Seiten der Sozialpolitiker eine Rechtssicherheit verlangt, die dadurch geschaffen werden könnte, daß die Kündigung nicht durch private Kündigungserklärung der tarifschließenden Verbände erfolgt, sondern daß dazu der Beschluß entweder einer Arbeitsgerichtsbehörde oder einer Schlichtungsbehörde notwendig sein soll. Schwieriger wird sich die Erreichung einer größeren Elastizität in der Handhabung der Tarifverträge erzielen lassen. Wenn etwa bei den Tarifverträgen Lohnspannen festgesetzt werden sollten, so dürfte dabei nur der Minimalsatz Bedeutung haben. Ob die Regierung sich zu einem solchen Vorgehen entschließen wird, bleibt zweifelhaft.

Es scheint, daß man die Elastizität des Tarifvertrages darunter versteht, daß in besonderen Einzelfällen von einer festen Grundnorm abgewichen werden kann.

Wenn ein Unternehmen, dessen Erhaltung aus volkswirtschaftlichen oder nationalen Gründen geboten erscheint, bei Zahlung der Tariflöhne nicht ohne Verlust weitergeführt werden kann, sollen Möglichkeiten geboten werden, untertarifliche Löhne zu zahlen. Bei derartigen Einschränkungen des Tarifvertrages werden aber von Sozialpolitikern alsdann auch arbeitsrechtliche Sicherungen geboten, die u. a. darin bestehen können, den Arbeitern in solchen Betrieben ein größeres Mitbestimmungsrecht einzuräumen. Weiter ist vorgeschlagen worden, daß in einem solchen Falle der Arbeitgeber eine Verpflichtung zur Aufrechterhaltung einer gewissen Zahl von Arbeitsplätzen übernimmt.

Die aus den Mitgliedern des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung gebildeten beiden Ausschüsse für Fragen der Produktionskosten und Preise und Fragen des Zinses und Kredites haben ihre Generalaussprache in der Reichskanzlei unter Vorsitz des Reichskanzlers Brüning zu Ende geführt.

Die Reichsregierung wird nunmehr während der nächsten Tage unter Leitung der nächstbeteiligten Reichsminister in Einzelbesprechungen mit den Ausschußmitgliedern die Formulierung von Leitsätzen über die Gestaltung des Wirtschaftsprogramms vorbereiten.

Diese Leitsätze sollen den beiden Ausschüssen, die nach dem Bußtag in der zweiten Hälfte der nächsten Woche wieder tagen, zur endgültigen Begutachtung vorgelegt werden.

Groener vor dem Reichsrat.

Neue Erklärung über den Rundfunkzwischenfall.

Der Reichsrat hielt am Donnerstag eine Vollsitzung ab, in der Reichsminister Groener den Vorsitz führte. Der Minister benutzte die Gelegenheit, sich dem Reichsrat als neuer Innenminister vorzustellen. Er wies hin auf die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit den Ländern und kam in diesem Zusammenhang auch auf den Rundfunkkonflikt mit Preußen zu sprechen. Der Minister führte hierzu folgendes aus:

„Nun ist die Sache nicht so, daß etwa sachliche Differenzen uns irgendwie getrennt hätten. Ich bin überzeugt, daß, wenn die Zeit gewesen wäre, diese sachliche Angelegenheit in gegenseitiger Aussprach zu klären, überhaupt niemand davon erfahren hätte.

Aber eines möchte ich sagen: daß es für mich untragbar ist, wenn mir plötzlich wenige Stunden, ehe der Vortrag im Rundfunk steigen soll, eine Entscheidung vorgelegt wird, die nicht in wenigen Stunden erledigt werden kann.

Das ist ganz ausgeschlossen, und so habe ich das größte Interesse daran — und ich glaube, daß auch die Länder dasselbe Interesse haben — daß wir so frühzeitig von all diesen Absichten, die mit dem Rundfunk zusammenhängen und politischer Art sind, unterrichtet werden, daß das Reichsinnenministerium sich mit den betreffenden Ländern in Verbindung setzen kann und daß genügend Zeit bleibt, um etwa bestehende auseinandergehende Meinungen zu beseitigen. **Und daraufhin werde ich mir erlauben, die zur Zeit bestehenden Bestimmungen nachzuprüfen, und nach einer Aussprache auch mit dem preußischen Ministerpräsidenten, die für nächste Woche vorgesehen ist, Ihnen zu gegebener Zeit mit entsprechenden Vorschlägen zu kommen."**

Fruchtlose Versuche

Ein neuer Appell Briands.

Genf, 13. November.

In seiner Eigenschaft als Ratspräsident hat Briand wiederum einen Appell an China und Japan gesandt.

Er erinnert nochmals daran, daß die beiden Parteien sich vor dem Rat verpflichtet hätten, jede Verschärfung des Konflikts zu vermeiden und besteht darauf, daß den Kommandanten der beiderseitigen Streitkräfte die strikktesten Anweisungen gegeben werden, sich jeder militärischen Aktion zu enthalten.

Im übrigen spricht Briand die Erwartung aus, daß den Ratsmächten, die vielleicht Beobachter an Ort und Stelle entsenden, um sich ein Bild über die Vorgänge zu machen, die Ausübung ihrer Aufgabe ermöglicht werde.

Unterstützung Joshijawas in Paris.

Die japanischen Botschafter in London und Rom haben Anweisung erhalten, zur Tagung des Völkerbundsrats nach Paris zu fahren, um Joshijawa zu unterstützen. Der japanische Gesandte in China hat Anweisung erhalten, bei der Nankinger Regierung Beschwerde zu erheben, weil sich chinesisches Militär bei den letzten Unruhen in Tientsin näher als 50 Meter vor der japanischen Konzession befunden habe, was gegen das chinesisch-japanische Abkommen vom Jahre 1902 verstoße.

Die amtlichen Kreise in Japan äußern ernste Befürchtungen über die Entwicklung der Dinge in der Nordmandschurei, wo die südlich von Anganschi stehenden chinesischen Truppen den japanischen Kräften an Zahl überlegen seien.

Die japanischen Verluste

Einer Mitteilung des japanischen Kriegsministeriums zufolge betragen die bisherigen Verluste der japanischen Truppen in der Mandschurei 129 Tote, 302 Verwundete und 6 Vermißte.

Gerüchte über ein russisches Vorgehen

Gerüchte von einer angeblichen Unterstützung des chinesischen Generals Matschanschan durch die Russen in der Nordmandschurei tauchen immer wieder auf.

So soll eine Abteilung von 3000 Chinesen, Russen und Koreanern nach Tsitsikar marschieren. Das japanische Kriegsministerium gibt zu verstehen, es habe aus verschiedenen glaubwürdigen Quellen erfahren, daß zwischen dem 6. und dem 12. d. M. 15 russische Lastwagen mit Waffen und Munition in Anganschi eingetroffen und an General Matschanschan weitergeleitet worden seien.

Saargemeinden unter Kuratel

Kontrolle der gemeindlichen Verpflichtungen.

Saarbrücken, 13. November.

Die Regierungskommission hat dem Landesrat einen Gesetzentwurf zugehen lassen, wonach künftig alle Anleihen, auch die kurzfristigen, ebenso alle Bürgschaftsverpflichtungen und sonstigen Verpflichtungen aus Gewährsverträgen der vorherigen Genehmigung bedürfen.

Außerdem sollen die Rechtsgeschäfte der Gemeinden der Zustimmung der Regierungsmitglieder für die Angelegenheiten des Innern und der Finanzen unterworfen werden und weiterhin an die Zustimmung der gesamten Regierungskommission gebunden sein, sofern die Rechtsgeschäfte in einer anderen als der gesetzlichen Währung getätigt werden. Die Regierung begründet ihre Vorlage mit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311114-15/fragment/page=0001

dem relativ hohen Gesamtverschuldungsstand der Gemeinden und Gemeindeverbände, der von ihr mit rund 671,3 Millionen Francs beziffert wird.

*

In dieser Vorlage erblickt die „Saarbrücker Zeitung" das Bestreben der Regierungskommission, dem langgehegten Wunsch ihres französischen Mitgliedes, die Saarkommune unter Kuratel zu stellen, nunmehr Rechnung zu tragen. Die Berufung auf die preußische Notverordnung erfolge zu Unrecht. Die ungeheuren Schwierigkeiten der finanziellen Verhältnisse im Reich hätten sich im Saargebiet noch keineswegs so ausgewirkt, daß die Notwendigkeit vorläge, die aus stärkster Zwangslage heraus ergangene Notverordnung des Reiches nachzuahmen.

Deutsche Tagesschau.

Für Herabsetzung der Futtermittelzölle.

Der Außenhandelsverband hat in einer Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium und an das Reichsernährungsministerium die Wiederaufhebung des Kleiezolles beantragt. Durch den Zoll von 10 RM für 100 Kilogramm, der mehr als 125 Prozent des Warenwertes betrage, werde die Einfuhr eines so wertvollen Futtermittels wie Kleie unmöglich gemacht. Den deutschen Viehzüchtern, Mästern und Milchproduzenten ein wertvolles Futtermittel zu verteuern, wenn ihnen im Inland kein ausreichender Ersatz dafür zur Verfügung stehe, widerspreche den Grundsätzen einer gesunden Produktionspolitik. Die Aufhebung des Kleiezolles sei im landwirtschaftlichen Interesse dringend geboten.

Internationaler Gewerkschaftsbund in Berlin.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes trat in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Anwesend sind der Vorsitzende Citrine-England, der stellvertretende Vorsitzende Jouhaux-Frankreich, Mertens-Belgien, Leipart-Deutschland, Jacobsen-Dänemark, Payerle-Tschechoslowakei, Smit-Amsterdam, Generalsekretär Sheveenels, Untersekretär Stolz. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt im Zusammenhang mit dem Plan zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise die Aktion zu Gunsten der 40-Stunden-Woche, das Programm der internationalen öffentlichen Arbeiten, die Kreditbeschaffung und die Arbeit des deutsch-französischen Komitees.

Auslands-Rundschau.

Die deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen.

Die beiden Abordnungen für die deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen traten in Berlin im Auswärtigen Amt wieder zusammen. Ministerialdirektor Köpke, begrüßte namens der Reichsregierung die schweizerische Abordnung. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen zu einem beide Teile befriedigenden Ergebnis führen möchten. Nach einer Erwiderung des schweizerischen Gesandten in Berlin, Dr. Rüfenacht, der sich diesem Wunsche anschloß, wurde in die sachlichen Verhandlungen eingetreten.

Die amerikanischen Flotten-Sparmaßnahmen.

Eine Anzahl der USA.-Marineschiffe, von denen die meisten zur asiatischen Flotte gehören, werden außer Dienst gestellt werden, um eine Herabsetzung der Ausgaben für die Flotte um ungefähr vier Millionen Dollar zu ermöglichen. Es handelt sich um einen alten Kreuzer, einen alten Flugzeug-Tender, sechs Zerstörer und neun Unterseeboote.

Australien für Abhaltung der Wirtschaftskonferenz.

Der australische Premierminister Scullin hat an die britische, kanadische und neuseeländische Regierung Telegramme gesandt, in denen er für möglichst baldige Abhaltung der nächsten Reichswirtschaftskonferenz eintritt und den Monat Januar in Vorschlag bringt. In seiner Guildhall-Rede hatte Macdonald vom Juli gesprochen.

Kleine politische Meldungen.

Litwinow kommt nach Berlin. Litwinow wird auf seiner Rückreise aus Italien nach Berlin berühren, und es wird damit gerechnet, daß er mit Reichskanzler Brüning, in dessen Eigenschaft als Außenminister, Rücksprache nehmen wird.

Verbindlichkeitserklärung des Breslauer Lohnschiedsspruchs. Der Schiedsspruch im Lohnkonflikt der Breslauer Metallindustrie ist für verbindlich erklärt worden.

Brotpreiserhöhung in London. Die Londoner Bäckervereinigung hat beschlossen, vom nächsten Montag ab den Preis für ein vierpfündiges Brot um einen halben Penny auf 7 Pence zu erhöhen.

Die Säuberungsaktion auf Korsika. Bei der polizeilichen Säuberungsaktion auf Korsika sind bisher 24 Personen verhaftet worden, die mit den Banditen unter einer Decke stecken sollen. Ueber Korsika wurde der Belagerungszustand verhängt.

Aus der Umgegend

Nebra, 13. November.

— **Ernste Tage.** Zwischen dem volkstümlichen Martinstage und der frohen Adventszeit liegen die kirchlichen Feste Bußtag und Totensonntag. Sie sind als Abschluß des Kirchenjahres mehr als ernste Zwischenspiele zwischen anderen Festen. Wenn wir in diesen Tagen auf unser und anderer Leben zurückblicken, sehnen wir uns mehr als je nach der Hilfe Gottes. Es ist, als habe sich über unser Volk eine Nebelwolke des Verhängnisses gelegt. In unserem heute fast freudlosen Lande ist es besonders schwer, all das persönliche Leid und die Mühen zu tragen, die uns das Leben auferlegt. Wir gedenken derer, die von uns zur ewigen Ruhe eingegangen sind. Der Ernst unseres Lebens und Sterbens mahnt uns mehr als bisher zu Gott zu wenden. Schon viele Geschlechter vor uns spürten, daß Gott ihnen gerade im Leide nahestand. Auch wir wollen uns zu Gott wenden, daß er uns als seine Kinder an der Hand führt und uns seine Vatergüte schenkt.

— **Sportvereinigung.** Nach emsigem Bemühen, durch gute sportliche Leistungen dem Ruf Nebras im mittleren Unstrutthal einen guten Klang zu verschaffen, wollen unsere Sportler am Sonntagabend auch einmal dem Frohsinn sich widmen. Im Schützenhaus werden sie sich mit, hoffentlich einer großen Anzahl, lieber Gäste vereinen und sportliche Vorführungen zeigen, daneben aber auch durch Theater und Ball sich vergnügt machen. Das Eintritts-, wie auch das Tanzgeld ist so niedrig bemessen, daß trotz der Wirtschaftsnot sich noch viele Freunde des Sports an dieser Veranstaltung mit beteiligen können.

— **Stadt-Lichtspiele.** Das Sonntagsprogramm bringt einen überaus spaßigen Seeabenteuerfilm, der auf einem Bananendampfer gedreht wurde, der nach Teneriffe fuhr. Die Herzverschenkerin, die Heldin des Films, schreibt dazu u. a.: „Ja, das war mein Abenteuerfilm, ich habe noch niemals in einem Film so viel Abenteuer erlebt wie in diesen. Stellen Sie sich vor, wir sind auf einem Bananendampfer nach Teneriffe gefahren. Der Dampfer war nicht besonders groß und ich kann Ihnen versichern, daß 80 Prozent unserer Passagiere — wir waren dreißig — seekrank wurden". Der zweite Film führt die Kinofreunde in die dunkelste Stelle der Weltstadt Paris, ins sog. Apachenviertel. Hier haust das in jeder Großstadt sich breitmachende Verbrechergesindel, hier werden die Pläne geschmiedet zu Gewalttaten und anderen Verbrechen. Wer sich dorthin verirrt, kann von Glück sagen, wenn er unbehelligt wieder herauskommt. Für den Kleinstädter wird es recht interessant sein, den Großstadtbetrieb einmal von der dunkelsten Stelle aus zu beobachten.

— **Vom Stadtorchester.** Der Anzeigenteil der heutigen Nummer bringt u. a. eine Einladung unseres Stadtorchesters zur Beteiligung an den für diese Wintersaison in Aussicht genommenen vier Abonnements-Konzerten. Die bisher von unserem Orchester gegebenen Konzerte haben genugsam gezeigt, daß es Herrn Musikdirektor Stein wirklich ernst ist, sein Orchester auf eine hohe Stufe zu bringen, daß es nicht nur seinem Namen, sondern auch der Stadt Nebra Ehre macht. Leider ist dieses Streben bisher von dazu berufenen Stellen noch nicht so eingeschätzt worden, wie dies zu wünschen wäre, denn die Konzerte waren nicht derart besucht, daß der Veranstalter eine Freude daran haben konnte. Es sei darum auch an dieser Stelle dem Wunsch Ausdruck verliehen, diesmal durch recht rege Eintzeichnung in die herumgehende Liste dem Orchester für die gezeigte Ausdauer zu danken.

— **Ehemalige 153er.** Das Heimattreffen der ehemaligen Angehörigen des J.-R. 153 findet am Sonntag in Köllleda statt. Das Heimattreffen wird diesmal schon einen größeren Kreis von Kameraden versammeln. Oberst Schack und Leutn. Hauschild haben ihr Erscheinen zugesagt. Der ehemalige Bataillonsarzt Dr. Falke wird einen Vortrag halten.

— **Rücksichtslose Autofahrer.** Bei den jetzt durch das Rübenfahren und die feuchte Witterung stark verschmutzten Straßen zeigen Autos die unangenehme Eigenschaft, bei schnellem Fahren den Schmutz umherzuspritzen, weshalb die Fußgänger jedem Auto so weit wie irgend möglich ausweichen. Für den Autofahrer besteht die Vorschrift, innerhalb der Ortschaften das Tempo derart zu mäßigen, daß eine Belästigung durch den Straßenschmutz vermieden wird. Aber auch ohne diese Vorschrift sollte jeder Autofahrer so viel Rücksicht auf seine Mitmenschen nehmen, ihnen nicht durch zu schnelles Fahren Kleidung usw. zu verschmutzen.

— **Der Deutsche Evangelische Gemeindetag kommt nach Halle.** Für das Jahr 1932 wird der Deutsche Evangelische Gemeindetag in engerem Rahmen in Halle a. S. in der Zeit nach Ostern abgehalten werden. Gegenstand der Besprechungen sind vor allem Fragen der Industriegemeinde und das Verhältnis der liturgischen Bewegung zur Kirchengemeinde.

— **Heute mehr Theologiestudenten als vor dem Kriege.** An den deutschen Universitäten waren im Sommersemester 1931 für das Studium der evangelischen Theologie 6501 Studierende, darunter 315 Frauen immatrikuliert. Dazu kommen die Studierenden an den theologischen Schulen in Bethel und Elberfeld, deren Zahl sich auf etwa 300 beziffert. Die letzte Vorkriegsziffer stand hinter der des Sommersemesters 1931 um weit über 2000 zurück.

— **Eine wichtige Frist für Versorgungsanwärter.** Nach den Bestimmungen der Anstellungsgrundsätze müssen Versorgungsanwärter, die ihre Bewerbung aufrechterhalten wollen, dies alljährlich zum 1. Dezember an die die Bewerberliste führende Behörde mitteilen. Bewerber, die eine solche Meldung unterlassen, werden in den Vormerklisten gestrichen. Der Pressedienst des Reichsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener, Berlin SW. 68, Charlottenstraße 85, bemerkt hierzu, daß in der Vergangenheit diese Bestimmung vielfach nicht die erforderliche Beachtung gefunden und zu erheblichen Nachteilen geführt hat. Gestrichene Versorgungsanwärter werden erst wieder mit dem Tage des Neueingangs eines Antrages eingetragen. Den Lesern unseres Blattes wird auf Anforderung an den Reichsverband die Novemberausgabe des Verbandsblattes kostenfrei geliefert, die nähere Informationen enthält.

— **Vom Rundfunk.** Nach einer internationalen Vereinbarung treten vom 15. November ab im Wellenbereich 1112 bis 1193 kHz (276,5 bis 251,5 m) der Rundfunksender versuchsweise folgende Wellenverschiebungen ein:

Bremen		1112 kHz	bleibt		
Valencia	statt	1115 „	künftig	1120 kHz	
Lille PTT	„	1130 „	„	1128,5	„
Mährisch-Ostrau	„	1139 „	„	1137	„
London National	„	1148 „	„	1147	„
Leipzig	„	1157 „	bleibt		
Hörby	„	1166 „	künftig	1167	„
Toulouse PTT	„	1175 „	„	1176	„
Gleiwitz	„	1184 „	„	1185	„
Barcelona	„	1193 „	bleibt.		

Durch die Wellenänderung wird der Abstand zwischen dem Bezirkssender Leipzig und den Rundfunksendern London National, Hörby und Mährisch-Ostrau, die den Empfang von Leipzig vielfach stören, vergrößert. Es ist zu hoffen, daß diese Maßnahme dazu beitragen wird, die Rundfunkverhältnisse in Mitteldeutschland zu bessern.

Roßleben. [Acker wenig begehrt.] Die gestern stattgehabte Verpachtung freiwerdender Gemeindeäcker zeigte recht drastisch, daß die Krisis in der Landwirtschaft nunmehr auch in der hiesigen Gegend sich geltend macht. Bei der Ausbietung der einzelnen Parzellen wurden Gebote abgegeben, die als ernsthaft nicht zu betrachten sind. Bisher betrugen die Pächte für die ausgebotenen Parzellen zusammen 1998 RM., jetzt wurden darauf geboten 869 RM. Der Termin war resultatlos, denn ein Zuschlag konnte nicht erteilt werden.

— Einbruch. Ein starkes Stück leisteten sich Spitzbuben in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch, ihr Unternehmen konnte wohl auch nur dadurch gelingen, daß sie wahrscheinlich mit den betr. Räumlichkeiten genau vertraut waren. Die Kantine der hiesigen Zuckerfabrik war das Arbeitsfeld, es wurden Zigarren und Zigaretten entwendet, obwohl der Platz hell erleuchtet war, weil der Betrieb in vollstem Gange ist.

Wiehe, 11. Nov. Am Montag morgen fuhr ein auf der Rückfahrt nach Wiehe befindlicher Motorradfahrer mit Sozius auf ein in gleicher Richtung fahrendes landwirtschaftliches Geschirr auf. Dabei erlitten beide Fahrer schwere Verletzungen. Angeblich soll sich der Besitzer des Geschirrs um die Verunglückten nicht gekümmert haben und weiter gefahren sein. Die Verunglückten wurden durch Passanten hilflos aufgefunden und ins Kreiskrankenhaus in Sömmerda übergeführt.

Wiehe. Am Dienstag war die Frist abgelaufen, nach der der Zuschlag zur Zwangsversteigerung des früher von Helldorff'schen Rittergutes in Wohlmirstedt beim hiesigen Amtsgericht zu erteilen war. Auf Antrag des Landsiedelungsverbandes war die Frist nochmals bis 10. November verlängert worden. Nunmehr wurde der Zuschlag dem Bankhaus Nußbaum & Friedmann, Halberstadt, auf sein Höchstgebot von 1200000 RM. erteilt. Die noch in den letzten Tagen geplanten Siedlungen des Landessiedlungsverbandes scheinen sich demnach zerschlagen zu haben.

Wiehe. Wie bekannt wird, hat der Provinzialausschuß den für unsere ganze Gegend überaus bedeutsamen Beschluß gefaßt, die Durchgangsstraße Wiehe—Reinsdorf in die Unterhaltung der Provinz zu übernehmen.

Lonna. Zum Ferkelmarkt standen insgesamt 44 Ferkel zum Verkauf. Das Geschäft war trotz geringer Käuferzahl lebhaft. Die Preise bewegten sich zwischen 16 und 24 RM. pro Paar je nach Qualität und Größe. Der Markt konnte nicht geräumt werden.

Freyburg. Nach dem Stande vom 10. Oktober (Personenstandsaufnahme) hat Freyburg eine Einwohnerzahl von 4035. Bei der Zählung 1929 wies Freyburg eine Einwohnerzahl von 3885 auf. Diese entspricht einem Zuwachs von 150 Köpfen.

Weißenfels. Ein Fleischermeister in Weißenfels hatte bei der Steuererklärung im Jahre 1927 seinen Umsatz mit 70 409 Mark, sein Einkommen mit 7 428 Mark angegeben. Das Finanzamt errechnete dagegen 79 000 Mark Umsatz und 10 150 Mark Einkommen. Im Jahre 1928 errechnete das Finanzamt sogar mehr als das Doppelte des Einkommens, das der Fleischer angegeben hatte. Wegen Steuerhinterziehung im ersten Fall wurde er freigesprochen. Gegen den Freispruch legten sowohl der Angeklagte wie der Staatsanwalt sowie das Finanzamt Berufung ein. Ein Gutachten des Reichsfinanzhofs bejahte das Vorliegen der Steuerhinterziehung in beiden Fällen. Daher wurde die Berufung des Angeklagten auf seine Kosten verworfen und er zu weiteren 1000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Merseburg. (Wann verjähren Zuwiderhandlungen gegen baupolizeiliche Vorschriften?) Wegen Zuwiderhandlung gegen die Baupolizeiverordnung des Regierungspräsidenten in Merseburg vom 1. November 1929 war G. in Strafe genommen worden, weil er ohne Genehmigung der Baupolizei in einem Wochenendhaus eine Feuerungsanlage errichtet und diese nicht beseitigt habe, als die Anlage von der Baupolizei für unzulässig erklärt worden war. Nachdem G. eine polizeiliche Strafverfügung erhalten hatte, beantragte G. gerichtliche Entscheidung und wurde vom Amtsgericht freigesprochen, da eine Zuwiderhandlung gegen die Regierungspolizeiverordnung vom 1. November 1929 verjährt sei; Uebertretungen gegen baupolizeiliche Vorschriften verjähren in drei Monaten. Diese Entscheidung focht die Staatsanwaltschaft beim Kammergericht an und betonte, die Uebertretung des Angeklagten sei nicht verjährt, da der Angeklagte die Feuerungsanlage noch immer nicht entfernt habe; es komme mithin ein Dauerdelikt in Betracht; die Verjährung beginne erst von dem Tage ab zu laufen, an dem die Feuerungsanlage, die mit der Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten in Merseburg vom 1. November 1929 in Widerspruch stehe, entfernt worden sei. Der 1. Strafsenat des Kammergerichts wies aber die Revision der Staatsanwaltschaft als unbegründet zurück und führte u. a. aus, die Vorentscheidung sei nicht rechtsirrig; es sei festgestellt, daß die Feuerungsanlage im November 1930 hergestellt worden sei; Verjährung in Bauschen trete drei Monate nach Vollendung der Bauarbeit ein; da die polizeiliche Strafverfügung erst am 13. April 1931 ergangen sei, sei in der Tat Verjährung eingetreten. Ein Dauerdelikt komme nicht in Betracht, wenn auch die Feuerungsanlage später nicht entfernt worden sei.

Kötzschen (Kr. Merseburg). Revolverüberfall in der Wohnung. — In die Wohnung eines Händlers in Kötzschen drang, als der Händler das Haus im Morgengrauen verlassen hatte, ein Unbekannter ein, der offenbar angenommen hatte, daß die Wohnung unbewacht sei. Als der Bursche in der Küche der Tochter des Hauses begegnete, gab er einen Schuß auf das Mädchen ab, flüchtete aber scheunigst, da durch den Schuß die Nachbarn alarmiert worden waren.

Halle. Vor dem Arbeitsamt am Steintor wurden ein Mann, seine Frau und sein achtjähriges Mädchen beim Überqueren des Fahrdamms von einem angetrunkenen Kraftwagenführer angefahren. Der Mann erlitt einen Oberschenkelbruch, das Kind eine Gehirnerschütterung. Erst 60 Meter von der Unfallstelle konnte der Fahrer den Wagen zum Stehen bringen (!).

Halle. Die Urheber des Raubüberfalls auf die Milchhändlerin Ida Krebs sind festgenommen worden. Die aus sechs Mann bestehende Bande hatte bis in alle Einzelheiten bereits größere Raubüberfälle für die nächste Zeit geplant. U. a. einen Überfall auf einen vermögenden Hausbesitzer in der Wittestraße, einen Überfall auf einen Lohngeldtransport bei Weißenfels und einen Überfall auf einen halleschen Kassenboten. Fünf der Verhafteten sind geständig.

Egeln. Eine Belegschaftsversammlung der Grube Cäsar bei Egeln nahm Stellung zu der angekündigten Entlassung von weiteren 50 Mann der zur Zeit 250 Mann starken Belegschaft. Der Arbeiterratsvorsitzende sagte, es gebe nur einen Weg, den Arbeitsplatz allen Kollegen zu erhalten, das sei entsprechende Vermehrung der Feierschichten. Der Vorsitzende des Arbeiterrates wurde von der Belegschaft beauftragt, diesen Vorschlag der Direktion zu unterbreiten, um die Entlassung von 50 Bergleuten zu verhindern.

Dommitzsch (Kr. Torgau). Die Ursache des vor einiger Zeit erfolgten Dammbruches am Lindenmühlenteich, wobei weite Gebiete unter Wasser gesetzt und zerstört wurden, ist nun amtlich festgestellt. Bisamratten haben durch ihre Wühlarbeit die Katastrophe herbeigeführt. Auch der nach dem Deichbruch errichtete Notdamm ist stellenweise schon derartig unterwühlt, daß wieder die Gefahr eines Dammbruches besteht. An dem Ufer des Abflußbeckens zwischen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311114-15/fragment/page=0002

Lindenmühle und Breitenmühle und in benachbarten Teichen wurden ebenfalls Bisamratten festgestellt.

Das Antreffen so vieler Bisamratten ist ein Beweis dafür, daß der seinerzeit mit so ungeheurem Schaden erfolgte Dammbruch des Lindenmühlenteiches einzig und allein als ein Werk dieser gefährlichen Wühler anzusehen ist.

Köthen. Bei den Wahlen zum Allgemeinen Studentenausschuß an der Gewerbehochschule in Köthen errangen die Nationalsozialisten 22 von 25 Sitzen, die drei Restitze werden von den katholischen Verbindungen eingenommen.

Clausthal-Zellerfeld. Infolge der äußerst schwierigen Finanzverhältnisse Clausthal-Zellerfelds ist die vorläufige Sperrung aller Auszahlungen angeordnet worden, um die Löhne und Gehälter, sowie die Gelder für die Unterstützungen sicherzustellen. Der Bürgermeister hat sich nach Hildesheim begeben, um der Regierung Bericht zu erstatten.

Zeitungsverbote.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die nationalsozialistischen Wochenzeitschriften „Der Trommler" (Erscheinungsort Magdeburg) und der „Harzer Trommler" (Erscheinungsort Wernigerode) auf Grund der Notverordnungen des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf die Dauer von drei bzw. vier Monaten verboten. Anlaß zu den Verboten gaben Ausführungen, die Angriffe auf den Reichskanzler und die Reichsregierung enthalten.

Ein zweiter Fall Scheringer.

Die Verhaftung des Reichswehrfahnenjunkers Eberhardt.

Verschiedene sächsische und außersächsische Blätter berichten über kommunistische Propaganda bei Dresdner Truppenteilen der Reichswehr und von der Festnahme eines Fahnenjunkers der Dresdner Infanterieschule, der unter seinen Kameraden kommunistische Propaganda getrieben habe.

Vom Reichswehrministerium erfahren wir, daß der betreffende Fahnenjunker Eberhardt bereits vor drei Monaten auf Anzeige eines Gefreiten, den er in kommunistischem Sinne zu beeinflussen versucht hatte, festgenommen worden ist. Eberhardt hatte sich offenbar unter dem Eindruck des Übertritts Scheringers zu den Kommunisten kommunistischen Gedankengängen hingegeben und hat, wie die Untersuchung ergab, von sich aus den örtlichen kommunistischen Parteistellen angeboten, Propaganda in der Reichswehr zu treiben. Beim ersten Versuch jedoch wurde er auf Anzeige des Gefreiten festgenommen, so daß von einer systematischen Zersetzungstätigkeit nicht die Rede sein kann. Der Untersuchungsrichter hat jetzt seine Ermittlungen abgeschlossen und die Akten dem Oberreichsanwalt übergeben.

*

Kommunistische Zersetzungsarbeit auch in Dresden.

Dresden. Wie wir im Zusammenhang mit dem Fall des Dresdener Fahnenjunkers Eberhardt erfahren, haben die Versuche der Kommunisten, Einfluß auf die Wehrmacht und Polizei zu gewinnen, in letzter Zeit auch bei der Dresdener Polizei in verstärktem Maße eingesetzt. Die Beamten der Schutzpolizei wurden mit kommunistischen Propaganda- und Zersetzungsschriften in den letzten Wochen förmlich überschwemmt. Die Schriften sind von den Beamten unverzüglich bei den zuständigen Stellen abgeliefert worden. Die Schuldigen sind bisher noch nicht ermittelt.

Der Provinzialausschuß tagt

Die Übernahme von Kreis- und Gemeindestraßen.

Merseburg. Am 11. November trat der Provinzialausschuß in Merseburg zusammen und beschäftigte sich erneut mit der Durchführung der Preußischen Sparverordnung vom 12. September 1931. Wichtige Beschlüsse faßte er u. a. für die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, deren Genossenschaftsvorstand er ist. Durch einen Nachtrag zur Satzung der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für die Provinz Sachsen für das Jahr 1932 wurde eine Herabsetzung des Mindestbeitrages von 8 auf 4 Mark vorgenommen. Weiter sollen Betriebe von weniger als ½ Morgen beitragsfrei bleiben. Der Versicherungsschutz bleibt auch für die darunter liegenden beitragsfreien Betriebe bestehen. Im übrigen erfolgt die Erhebung der Beitragsvorschüsse für 1932 nach dem Ertragswerte des Hauptfeststellungszeitraumes 1928—1930 = 1,4 für das Tausend.

An Viehseuchenentschädigungsbeiträgen für das Kalenderjahr 1931 hat der Viehseuchenentschädigungsverband eine Gesamtumlage von 1,4 Millionen Mark für Rinder und 22 000 Mark für Pferde zu erheben, wobei die Viehzählung am 1. Dezember 1930 zu Grunde gelegt worden ist. Von der Einziehung einer Umlage für Schafe kann für 1931 abgesehen werden. Als Umlage für 1931 ergibt sich für je ein Pferd 0,10 Mark und für je ein Rind 2 Mark.

Die Bauarbeiten an der Tangermünder Brücke sind trotz allen entgegenstehenden Schwierigkeiten finanzieller Art erfolgreich weitergeführt worden.

Von den rund 500 Kilometer

Kreis- und Gemeindestraßen,

die in die Unterhaltung der Provinz übernommen werden sollen, ist der weitaus größte Teil bereits übernommen worden. Es mußte noch über die Verteilung von 40 Kilometer entschieden werden. Auch ist daran gedacht, eine von Erfurt nach dem Berkaer Ehrenhain führende Gemeindestraße, deren Auswahl noch im Benehmen mit den zuständigen Stellen getroffen werden muß, sowie einen Straßenzug zu übernehmen, der zum Teil noch „Aktiendhausse" ist. Der Provinzialausschuß stimmte der Übernahme zu, die einen wesentlichen Fortschritt der Vereinheitlichung der Straßenverwaltung darstellen wird.

Der Provinzialausschuß hat, um die dringend notwendige Reparatur der Elsterflutbrücke bei Ammendorf, die wegen ihrer Baufälligkeit den Verkehr sehr erschwert, zu ermöglichen, aus dem Wegebauunterstützungsfonds eine Beihilfe von 20 000 Mark und aus der Dotationsrente eine Beihilfe von 3000 Mark, zusammen also einen Zuschuß von 23 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Sein Mandat als Provinziallandtagsabgeordneter hat Oberbürgermeister i. R. Ernst Banfi in Quedlinburg niedergelegt, der seit dem Jahre 1900 ohne Unterbrechung dem Provinziallandtage angehörte und sich besondere Verdienste um den Provinzialverband erworben hat. An seine Stelle tritt als Provinziallandtagsabgeordneter der Rechtsanwalt Ernst Biesenberg, Halberstadt.

Oberbürgermeister i. R. Löffler, Zeitz, hat wegen Wegzugs aus der Provinz seine Ehrenämter beim Provinzialverbande niedergelegt. Seinen Platz im Provinziallandtag wird nach der Feststellung des Provinzialausschusses Frau Flora Franken, Zeitz, übernehmen. Im Provinzialausschuß wird er durch seinen bisherigen Stellvertreter, Lehrer Grober, Lauchhammer, ersetzt. Stellvertretendes Provinzialausschußmitglied wird Gewerkschaftssangesteller Emil Lebbin, Bitterfeld. Für Oberbürgermeister i. R. Löffler ist Lehrer Grober auch als stellvertretendes Mitglied des Hauptausschusses der Mitteldeutschen Landesbank und Gewerkschaftssekretär Kämpf als Mitglied des Verwaltungsrates der Stadtschaft der Provinz Sachsen bestellt.

Die nächste Sitzung soll am 16. Dezember stattfinden.

Das Gustav Adolf-Jahr 1932.

In einer großen Zahl deutscher Städte, die in dem Feldzug des Schwedenkönigs Gustav Adolf in seinem Todesjahr 1632 eine Rolle spielten, werden für 1932 umfangreiche Vorbereitungen für Gedächtnisfeiern getroffen. Leipzig, Frankfurt und Nürnberg veranstalten Ausstellungen. In Weißenfels, wo das Herz des Königs unter der Kanzel der Kirche beigesetzt ist, findet eine Gedächtnisfeier statt. Die Hauptfeier ist in Lützen an der Gedächtniskapelle.

Kein Denkmal auf dem Brocken.

Das Projekt eines Ehrenmals auf dem Brocken, von dem in der Öffentlichkeit schon viel die Rede gewesen ist, ist nun endgültig gescheitert. Zu den vielen Protesten von Heimat- und Naturschutzvereinen hat sich jetzt ein Fehler in der Kalkulation gesellt, durch den die Kosten sich auf etwa das Doppelte des Anschlages erhöhen. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die Verwendung von Steinblöcken des Oberharzes, die die Grundlage der Berechnungen bildete, nicht möglich ist, da das Heimatgestein viel zu wenig wetterbeständig ist.

Französisch wird erste Fremdsprache.

Berlin, 12. November. Bei der entscheidenden Aussprache im Reichswehrministerium über die Behandlung der Fremdsprachen in den höheren Lehranstalten ergab sich eine Mehrheit für die Vorlage des Untersuchungsausschusses, nach der Französisch die Anfangssprache sein soll. Dabei bleibt die Möglichkeit offen, das Englische als der Reihenfolge nach zweite moderne Fremdsprache durch verstärkten Betrieb in den höheren Klassen dennoch zur Hauptsprache zu machen. Man erwartet, daß die große Mehrzahl der deutschen Länder dieser Regelung zustimmen wird.

Vertrauen für Aubin

Beilegung des Universitätskonflikts in Halle.

Halle, 13. November.

Als Ergebnis der Sitzung des gesamten Lehrkörpers der Vereinigten Friedrich-Universität Halle wird u. a. mitgeteilt, Professoren und Dozenten hätten dem Rektor und dem Senat ihr volles Vertrauen ausgesprochen.

Sie seien mit ihm einig in der Ueberzeugung, daß die Studenten, obwohl sie falsche Wege gegangen seien, von reinen edlen Gefühlen der Liebe zum Vaterlande und zur Universität getrieben worden seien.

Durch die jetzige Haltung der Studenten sei die Grundlage wiederhergestellt, auf der Lehrer und Lernende in gegenseitigem Vertrauen die innere Gemeinschaft neu aufrichten könnten zum Wohle der Hochschule und des Vaterlandes.

Kampfansage gegen Grimme.

Jena, 12. November.

Zu einer „Mitteldeutschen Studentenkundgebung" versammelten sich auf dem Marktplatz etwa 2000 Studenten von denen ein großer Teil aus Halle und Leipzig gekommen war. Der Vorsitzende der Jenaer Studentenschaft und der Vorsitzende der Halleschen Studentenschaft, ergingen sich in scharfen Angriffen gegen den preußischen Kultusminister Grimme.

In einer Entschließung wurde zum Ausdruck gebracht, daß man gegen Dehn, Grimme und Aubin und sämtliche hinter Dehn stehende Dozenten mit allen Mitteln auf sämtlichen deutschen Hochschulen und besonders in Halle kämpfen werde, bis Dehn zurücktrete.

Neue Verschärfung der Devisenbewirtschaftung

Berlin, 12. November. Wie zu der 7. Durchführungsverordnung der Devisenordnung noch mitgeteilt wird, übersteigen trotz der mehrfach verschärften Devisenbewirtschaftung die Anforderungen die Eingänge. Insbesondere seien auch nach der Schließung der Börsen durch ausländischen Effektenverkäufe Devisen abgeflossen. Nach Paragraph 1 der neuen Verordnung darf nur noch mit schriftlicher Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstelle über eine Markforderung verfügt werden, die zugunsten einer im Auslande oder im Saargebiet ansässigen Person durch den Verkauf von Wertpapieren entsteht.

Lohnkürzung bei der Reichsbahn.

Berlin, 12. November.

Im Lohnstreit der Deutschen Reichsbahngesellschaft ist soeben ein Schiedsspruch gefällt worden, nach dem mit Wirkung vom 8. November ab die Grundlöhne um 4½ Prozent gesenkt werden. Die Lohnregelung ist erstmalig kündbar zum 31. März 1932.

Verhängnisvolle Verwechslung.

Prag, 12. November.

In der Irrenabteilung des Neutraer Krankenhauses sollten drei unheilbare Geisteskranke, die tobten, auf Anordnung eines Arztes eine Luminal-Injektion zur Beruhigung erhalten. Nach der Injektion schliefen die Kranken ein. Am anderen Morgen stellte man fest, daß sie tot waren. Durch eine sofort angestellte Untersuchung wurde festgestellt, daß statt der Luminallösung eine Morphiumlösung verabreicht worden war, die in dieser Dosis tödlich wirken mußte. Die strafrechtliche Untersuchung wurde eingeleitet.

Wochenendwetterbericht.

Mitgeteilt von der Landes-Wetterwarte Weimar.

Der fortdauernde Luftdruckanstieg über dem westlichen und mittleren Europa deutet darauf hin, daß das Tiefdruckgebiet sich weiter auffüllt und daß die Randstörungen an Bedeutung verlieren werden, da der westliche Luftstrom aber unverändert anhält, ist beständiges Wetter noch nicht zu erwarten. Bei wechselnder Bewölkung und ziemlich gleichbleibenden Temperaturen ist immer noch mit gelegentlichem Eintreten von Niederschlägen zu rechnen. Immerhin werden die Regenfälle an Zahl und Menge weiter abnehmen, so daß das Wochenende sich einigermaßen erfreulich gestalten wird.

Termine in Strafsachen am 12. November 1931.

Vors. Amtsgerichtsrat Meischeider, Vertr. der Staatsanwaltschaft Justizobersekretär Thiele, Protokollführer Referendar Caesar, sämtlich in Nebra a. U.

1) Angeklagt wegen Hausfriedensbruch und Beleidigung war der Arbeiter Otto Ködderitzsch in Nebra. Er wird beschuldigt am 6., 20. und 29. September 1931 in das Armenhaus in Nebra, dessen Betreten ihm seitens des Magistrates verboten war, widerrechtlich eingedrungen zu sein, und am 20. September den Polizeiwachtmeister Lenz beleidigt zu haben. Der Angeklagte bestreitet, sich strafbar gemacht zu haben. Ködderitzsch wurde wegen Hausfriedensbruch und Beleidigung zu einer Gefängnisstrafe von 2 Wochen und 3 Tagen verurteilt. Die Kosten des Verfahrens trägt der Angeklagte.

2) Privatklage des Bergmanns Gustav Trellenberg, Orlas bei Nebra, gegen die Ehefrau Lina Henschel geb. Weinreich, daselbst, wegen Beleidigung. Die Angeklagte Henschel wurde wegen übler Nachrede und Beleidigung des Privatklägers zu einer Geldstrafe von 35 RM. verurteilt, an deren Stelle im Falle der Nichtbeitreibbarkeit für je 5 RM. ein Tag Gefängnis tritt. Die Kosten des Verfahrens trägt die Angeklagte.

3) Privatklage des Maurers Richard Herzog in Großwangen gegen die Ehefrau Hulda Pape daselbst, wegen Beleidigung. Die Angeklagte ist der üblen Nachrede des Privatklägers schuldig und wird zu einer Geldstrafe von 20 RM., an deren Stelle im Falle der Nichtbeitreibbarkeit 1 Tag Gefängnis für je 5 RM. tritt, verurteilt. Die Kosten des Verfahrens trägt die Angeklagte.

Der Arbeiter Johann Richter aus Liederstädt, geb. am 8.6.1916, war angeklagt, in Liederstädt am 31. Mai 1931 dem Landwirt Paul Müller, daselbst, einen Siegelring entwendet zu haben. Der Angeklagte gibt die Tat zu. Den Ring hat Müller wieder zurückerhalten. Das Urteil lautete: der Angeklagte Richter ist des Diebstahls schuldig, es wird jedoch von Strafe abgesehen und auf eine Verwarnung als Erziehungsmaßregel erkannt. Die Kosten des Verfahrens trägt der Angeklagte.

Spiel und Sport.

Nebraer Sportvereinigung 1924.

Am morgigen Sonntag sind wieder 5 Fußballmannschaften unserer Vereinigung beschäftigt. Aus Anlaß unserer Herbstveranstaltung am Abend werden sämtliche Spiele auf unserem Platze steigen. Im ersten Spiel morgens um 10 Uhr spielen

N.S.V. 24 Schüler — Turnverein Bottendorf (DT.) Schüler. Die Schüler des Turnverein Bottendorf, die erst seit kurzer Zeit den Fußballsport betreiben, haben ganz gute Fortschritte gemacht und werden unseren „Kleinen" wohl einen ganz guten Widerstand entgegensetzen. Wir hoffen jedoch, daß sich die größere Kampferfahrung unserer Schüler durchsetzen wird und dieselben siegreich den Platz verlassen werden. Im Anschluß an dieses Spiel stehen sich im Freundschaftsspiel

N.S.V 24. II. Herren — Tv. Bottendorf (DT.) II. Herren gegenüber. Die Dörfler haben in letzter Zeit gegen gute Gegner beachtliche Siege herausgeholt und werden wohl versuchen, auch unserer 2. Mannschaft, die bisher immer noch ungeschlagen in den Verbandsspielen der 3. Klasse im Saale-Elster-Gau, Unstrut-Bezirk, steht, eine Niederlage beizubringen. Die 2. Mannschaft muß daher vor leichtsinnigem Spiel gewarnt werden, um um eine Niederlage herumzukommen. Wir erinnern nur an das letzte Pokaltreffen in Bottendorf, wo wir nur ganz knapp 3:2 Sieger bleiben konnten. Auch damals schon wurde der Gegner unterschätzt. Anschließend um 12.30 Uhr stehen sich dann die

N.S.V. III. Herren — 1. F.C. Freyburg III Herren gegenüber. Hier gilt es für unsere 3. Revanche für die im Anspiel mit 9 Mann in Freyburg erlittene 2:1-Niederlage zu nehmen. In der neuen Aufstellung sollte der Revanche-Kampf glatt gewonnen werden. Um 14 Uhr treten dann

N.S.V. Jugend — Klosterschule Roßleben Jugend zu einem Freundschaftsspiel zusammen. Im letzten Verbandsspiel gegen die Klosterschüler mußten wir auf unserem Platze gegen die körperlich weit überlegenen Schüler eine 7:0-Niederlage einstecken. Inzwischen ist die Jugendmannschaft der Klosterschüler durch jüngere Spieler ausgebaut worden, sodaß der körperliche Unterschied nicht mehr allzu groß ist. Wer von beiden Mannschaften als Sieger den Platz verläßt, läßt sich im voraus schlecht sagen, da beide Mannschaften eine Spielstärke besitzen. Und als Schlußspiel steigt um 15 Uhr das Haupt-Treffen:

N.S.V. I. Herren — Klosterschule Roßleben I. Herren. Die Schüler haben in der letzten Zeit ihre gute Spielstärke immer unter Beweis gestellt. Erst am letzten Sonntag unterlagen sie der 1. Elf des S.C. Eintracht Roßleben 1. nur knapp mit 3:1 Toren. Unsere 1. Mannschaft, die immer noch mit 2 Ersatzleuten antreten muß, wird sich wohl tüchtig anstrengen müssen, wenn sie einen knappen Sieg anbringen will. Wir glauben es kaum, daß unsere 1. Mannschaft einen Sieg davontragen wird. Nach den Leistungen der letzten Spiele wohl kaum. Wohl hat man eine Umstellung der 1. Mannschaft, die morgen wie folgt spielt:

Fuchs
Boltze — Eichhorn
Kaulwell II — Kluge — Lauche
Werner II — Vollandt — Liebetruth — Gebhardt — Körner

vorgenommen, aber ob es in dieser Aufstellung zu einem Siege reichen wird, muß uns erst das Spiel beweisen. Hoffentlich meint es der Wettergott recht gut, damit Sonntag alle auf ihre Rechnung kommen, Spieler sowie Zuschauer.

Kirchliche Nachrichten

23. Sonntag nach Trinitatis, den 15. November.

Sonntagsspruch: Wachet, denn ihr wisset weder Tag noch Stunde, in welcher des Menschen Sohn kommen wird. (Matth. 25, V. 13.)

10 Uhr: Hauptgottesdienst. (Predigt über Matth. 25, 1—13) Lieder: 268 (175), 517 (334), 530 (332).

Kollekte: Für den Evg. Gesamtverband zur Pflege der weibl. Jugend.

½**12** Uhr: Kindergottesdienst für die ältere Abtlg. im Gemeindesaal.

2 Uhr: Kindergottesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindesaal.

Buß- und Bettag, Mittwoch, den 18. November.

10 Uhr: Hauptgottesdienst. (Predigt über Röm. 2, V. 4.) Lieder: 213 (140), 361 (261), 227 (145).

Kollekte: Für den Kampf für Christus wider die Gottlosigkeit.

Anschließend: Beichte und hl. Abendmahl. Anmeldungen am Dienstag erbeten.

Abends **8** Uhr: Bibelstunde im Gemeindesaal.

Freitag, abends 8 Uhr: Jungfrauenverein im Gemeindesaal.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311114-15/fragment/page=0003

Verordnung zur Bekämpfung der Ulmenkrankheit.

Auf Grund des § 30 des Feld- und Forstpolizeigesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Januar 1926 (G.S. S. 83) wird für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg folgendes angeordnet:

§ 1.

Wenn bei Ulmen verdächtige Anzeichen der sogenannten Ulmenkrankheit (Graphium ulmi), insbesondere plötzliches Vergilben oder plötzliches Welken des Laubes entweder am ganzen Baume oder an einzelnen Zweigen auftreten, hat der Besitzer binnen einer Woche dem Landrat, in den Stadtkreisen der Ortspolizeibehörde hiervon Anzeige zu erstatten. Die Polizeibehörde hat die Untersuchung der Ulmen durch die Hauptstelle oder die Bezirksstelle für Pflanzenschutz zu veranlassen.

§ 2.

Werden bei der Untersuchung kranke Bäume festgestellt, so hat der Besitzer nach näherer Anordnung der Polizeibehörde auf Grund des Gutachtens der untersuchenden Pflanzenschutzstelle die erkrankten Bäume, je nach dem Grade der Erkrankung, entweder zurückzuschneiden oder zu fällen. Bei Rückschnitt sind die Schnittflächen mit Steinkohlenteer zu überstreichen. Die abgeschnittenen Zweige sind zu verbrennen; ein gefällter Baum ist zu entrinden und die Rinde samt dem gesamten kranken Gezweig zu verbrennen. Der Baum ist alsdann möglichst bald zu Werk- oder Brennholz zu verarbeiten. Der Stumpf ist auszuroden. Falls dies untunlich sein sollte, ist seine Schnittfläche mit Teer oder Karbolineum zu überstreichen. Späterer Stockausschlag ist alljährlich zu entfernen.

§ 3.

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden nach § 30 des Feld- und Forstpolizeigesetzes mit Geldstrafe bis zu 150.— RM. oder mit Haft bestraft, sofern nicht schärfere Strafbestimmungen anzuwenden sind.

§ 4.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Bekanntmachung im Regierungsamtsblatt in Kraft.

Merseburg, den 30. August 1931.

Der Regierungspräsident. von Harnack.

Vorstehende Polizeiverordnung wird zur Kenntnis und Beachtung bekanntgegeben. Die Einwohnerschaft wird gebeten, ihr bekannten Ulmenbestand und deren Stand umgehend der Polizeibehörde anzuzeigen, damit das Wachstum derselben und etwaige Krankheiten überwacht werden können.

Nebra, den 11. November 1931.

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde. Grünberg.

Oeffentliche Stadtverordnetensitzung

am Dienstag, den 17. November 1931, 8 Uhr, im Gasthof „Weißes Roß".

Tagesordnung.

1. Einführung des Monteurs Paul Kürschner in sein Amt als Stadtverordneter.
2. Neuwahl des stellvertretenden Stadtverordnetenvorstehers.
3. Ersatzwahlen in die Armen-, Bau- und Plantagenkommission sowie in den Rechnungsprüfungsausschuß.
4. Kenntnisnahmen.
5. Erlaß einer Ordnung betr. Vergnügungssteuer im Bezirke der Stadtgemeinde Nebra.

Nebra, den 11. November 1931.

Der Stadtverordnetenvorsteher. May.

Berufsschule.

Infolge **Aenderung des Berufsschulunterrichts** werden die Unterrichtsstunden **vom Mittwoch, dem 16. d. Mts. ab** wie folgt festgesetzt:

Montag 1—5 Uhr
Bau-, Metall- und Holzgewerbe (Fachkunde)

Montag 5—7 Uhr
Gemeinschaftskunde für alle Schüler

Mittwoch 1—5 Uhr
Gemischte Berufe (Fachkunde).

Nebra, den 13. November 1931. **Der Magistrat.**

Lungen- und Asthmakranken

ist unser Kräuter-Tee „Silvana" von hervorragend durchgreifender Wirkung „Ihr Tee hat bei mir direkt Wunder gewirkt" schreibt F. W. in P. „Auswurf, Nachtschweiß, Fieber, Husten, Atembeschwerden hörten sofort auf". „Unser Arzt freute sich selbst, daß der Tee mir bekommt", so lauten begeisterte Dankschreiben über glänzende Erfolge in wenigen Tagen, wo andere Kuren jahrelang vergeblich waren. Pro Paket 1 Mk. Nachn. lt. Verordnung frei verkäuflich.
Silvana-Tee-Vertrieb, Augsburg 2209

Betr. Wassergeld.

Sämtliche Wasserabnehmer werden aufgefordert, das für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember d. J. fällige Wassergeld **bis 1. Dezember 1931** an die Stadtkasse zu entrichten

Nach Ablauf der Zahlungsfrist wird das noch nicht entrichtete Wassergeld im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens eingezogen. Es treten dann zu dem Wassergelde die gesetzlichen Einziehungsgebühren.

Nebra, den 13. November 1931.

Der Magistrat. Grünberg.

Oeffentliche Steuermahnung.

Die am **15. ds. Mts.** für den Monat **November d. J.** fällig gewesenen Steuern und zwar: Grundvermögens-, Hauszinssteuer und Gemeindezuschlag zur Grundvermögenssteuer, sowie die Gewerbesteuer nach dem Ertrag und nach dem Kapital für das III. Vierteljahr sind nunmehr **binnen drei Tagen** an die Stadtsteuerkasse zu entrichten.

Eine Behändigung von Mahnzetteln findet nicht statt.

Bei Nichtzahlung wird der entstandene Schuldbetrag gegebenenfalls im Wege der Zwangsvollstreckung eingezogen werden.

Nebra a. U, den 13. November 1931.

Die Stadtsteuerkasse.

Wird veröffentlicht. **Der Magistrat.**

Die Säuglingswiege- und Mütterberatungsstunde

findet am **Freitag, den 20. ds. Mts.**, nachmittags 3 Uhr im **Gemeindesaal** statt.

Nebra, den 13. November 1931. **Der Magistrat.**

Betr. Volksbücherei.

Die Eröffnung der Städt. Volksbücherei erfolgt am **Montag, den 16. November d. J.**

Ausleihstunden jetzt: Montagabend 8—9 Uhr **im Lehrzimmer der Stadtschule** (nicht wie bisher Sonntags).

Nebra, 11. November 1931.

Nebraer Sportvereinigung 1924

Zu unserer am **Sonntag, den 15. Novbr. cr.**, abends 8 Uhr im **Schützenhaus** stattfindenden

Herbst-Veranstaltung

bestehend aus:

Sportl. Vorführungen, Theater u. Ball

laden wir die geehrte Einwohnerschaft von Nebra und Umgegend hierdurch herzlichst ein.

Der Vorstand.

Eintritt 30 Pfg. **Tanzgeld 30 Pfg.**
Kassenöffnung 7 Uhr. **Anfang 8 Uhr.**

Stadt-Lichtspiele „Preuß. Hof"

Sonntag, den 15. November, abends 8¼ Uhr:

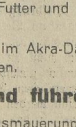
Wenn du einmal dein Herz verschenkst

ferner:

Die Apachen von Paris.

Es ladet freundlichst ein **Borgwardt.**

Gross-Wangen



Sonntag, 15. Nov., von ½8 Uhr abds. an

groß. Herbstball

wozu freundlichst einladet **Bruno Stops**

Winterhilfe! Zur richtigen Zeit — günstig zum Einkauf für Ihren Bedarf — setzt diese Winterhilfe ein!

Ihr eigener Nutzen ist es, wenn Sie die Vorteile erkennen und von dem Angebot regen Gebrauch machen!

So lange der Vorrat reicht:

Wollene Erstlings-Strümpfe . . . . . **25 ₰**
Wollene Strümpfe, schwarz u. braun . 95, 75, **50 „**
Wollene Herrensocken . . . . . **65 „**
Wollene Kindermützen . . . . . 65, **35 „**
Schal und Mütze . . . . **Garnitur 100 „**
Kinderschlüpfer, farbig, innen gerauht . . . **80 „**
Damenschlüpfer, „ „ „ Größe 42-46 **95 „**
Barchentröcke . . . . . von **85 ₰** an

Hier nur einige Beispiele, die Auswahl ist noch größer!
Beachten Sie bitte die Ausstellung im Schaufenster!

Friedrich Krey, Inh. Emil Krey

Ergebenste Einladung

An das hochgeehrte Publikum von Nebra und Umgegend!

Die traditionellen **Abonnements-Konzerte** sollen auch in diesem Winterhalbjahr wieder stattfinden. Obwohl das städtische Orchester durch die derzeitige Wirtschaftskrise ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen ist, hat die Orchesterleitung dennoch das eifrigste Bestreben, diese Konzerte wieder zu hochstehenden künstlerischen Aufführungen zu gestalten. Wir hoffen durch diese Veranstaltungen den allzugrauen Alltag für Stunden vergessen zu machen.

In einer der nächsten Ausgaben werden wir den Konzertplan für die ganze Konzertsaison veröffentlichen. Wir hoffen, damit die gesamte Einwohnerschaft von Nebra und Umgegend dafür zu interessieren. Um nun jedermann ein Abonnement zu ermöglichen, wird eine **Preisermäßigung** im Abonnement von **25 Proz.** eintreten. Für die **vier** Konzerte ist demnach der Abonnementspreis auf 2 50 RM. pro Person herabgesetzt worden.

Karten sind beim Unterzeichneten zu haben. Eine Liste zum Eintragen wird in den nächsten Tagen zirkulieren und bitten wir um gütigste Unterstützung unserer kulturellen Bestrebungen.

Städtisches Orchester, staatl. anerkannte Musikschule, Nebra a. Unstr.
Curt Stein, städtischer Musikdirektor.

Lesen Sie das neue interessante Heft

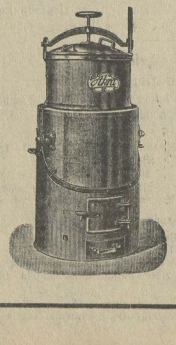
DAS MAGAZIN

Soeben erschienen Preis 1 Mark
Probehefte gegen Einsendung von 30 Pf. für Porto
Das Magazin Dr. Eysler & Co., Berlin SW 68

Wissen Sie es schon

daß Sie mit dem

Akra-Dämpfer



Ihre Viehzucht ertragreicher gestalten können?
Gedämpftes Futter enthält mehr Nährwerte als rohes oder gekochtes Futter und ist bekömmlicher!
Mit 5 Briketts können Sie im Akra-Dämpfer 1 Zentner Kartoffeln dämpfen.

Akra-Dämpfer sind führend!

Unverwüstliche Chamotteausmauerung.

Kyffhäuserhütte Artern 6 Fernsprecher Artern Nr. 201.

Zum Totenfest empfiehlt
Kränze
in allen Preislagen
H. Röllig.

Köhlers
Flottenkalender
Gauersche Buchhandlung

Zum Totenfest
empfehle ich meine
Kranz- und Bukettbinderei.
Kränze in allen Preislagen.
Anna Fittig, Feldstr.

3 Werber

anerkannt und erfolgreich, stehen Ihnen zur Verfügung, wenn Sie neue Geschäftsverbindungen anbahnen, Ihren Umsatz steigern, einen kaufkräftigen Leserkreis erfassen wollen:

Der Jungdeutsche
Die große volksnationale Tageszeitung
12. Jahrgang
Eigener Nachrichtendienst des In- und Auslandes

Jungdeutsche Frauenzeitung
Organ der jungdeutschen Schwesternschaften

Jungdeutsche Jugend
Monatszeitschrift der jungdeutschen Jugend

Fordern Sie noch heute kostenlos und unverbindlich Probenummer mit Anzeigen-Angebot vom

Verlag: Gesellschaft Deutsche Presse m. b. H.
Berlin SW 48, Friedrichstraße 218

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311114-15/fragment/page=0004

A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 136 — Sonnabend, den 14. November 1931. — 44. Jahrgang

Frankreichs vier Punkte

Rückkehr Francois-Poncets nach Berlin.

Berlin, 13. November.

Francois-Poncet, der französische Botschafter in Berlin, ist in der Reichshauptstadt wieder eingetroffen und hatte mit dem Reichskanzler eine Besprechung über die in Paris gepflogenen Verhandlungen.

Nach der Pariser Zeitung „Excelsior" sind es vier Punkte, die die Forderung der französischen Regierung darstellen:

1. Das im Youngplan vorgesehene beratende Komitee hat genau begrenzte Vollmachten.

2. Es handelt sich darum, die deutsche Lage zu prüfen und nicht die deutsche Zahlungsfähigkeit noch einmal zu kalkulieren.

3. Die in Deutschland eingefrorenen Handelsschulden haben nichts mit den Reparationen zu tun, und die Kriegsschäden werden auf keinen Fall den Handelsschulden geopfert werden.

Die französische Regierung wird aber nicht den Zusammentritt eines Komitees von Gläubigern und Schuldnern ablehnen, das die Möglichkeiten einer teilweisen Mobilisierung dieser Kredite prüfen soll.

4. Die französische Regierung wird eine neue, vollständige und endgültige Regelung der Reparationen nur annehmen, wenn die Vereinigten Staaten eine parallele Schuldenherabsetzung zugestehen.

Ob diese vier Punkte die endgültige Forderung Frankreichs tatsächlich wiedergeben, kann zur Zeit allerdings noch nicht nachgeprüft werden; sie dürften aber mit geringfügigen Abänderungen die Pariser Ansicht widerspiegeln.

„Paris-Midi" meldet, daß man in Berliner politischen Kreisen die Audienz des Kanzlers beim Reichspräsidenten von Hindenburg als offizielle Bestätigung dafür betrachte, daß ein deutsch-französisches Kompromiß bevorstehe. Die deutsche Regierung werde spätestens am Montag oder Dienstag nächster Woche die Einberufung des Baseler Komitees beantragen und in dem Brief an die interessierten Mächte ihren Standpunkt genau darlegen.

Eine Einigung ist im übrigen in dem Sinne erfolgt, daß parallel mit der Tagung des Sonderausschusses der BIZ. zur gleichen Zeit und ebenfalls in Basel ein zweiter Ausschuß beraten soll, der sich mit der Frage der in Deutschland investierten ausländischen Kredite zu befassen hat. In diesem Ausschuß sollen die privaten Gläubiger auf der einen und Deutschland als Schuldner auf der anderen Seite vertreten sein. Dadurch, daß beide Ausschüsse am gleichen Orte tagen, soll die Gewähr für ein Zusammenarbeiten gegeben werden, zum mindesten für einen, wenn auch nicht amtlichen, gegenseitigen Austausch der Verhandlungsergebnisse.

Wille zur Einigung

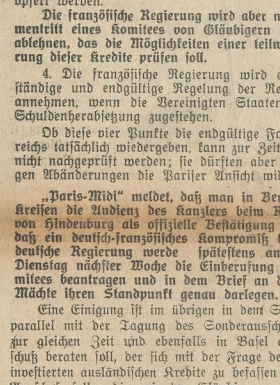
Auftakt zu den Pariser Wirtschaftsverhandlungen.

Berlin, 13. November.

Die deutschen Mitglieder des deutsch-französischen Ausschusses zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit haben in den letzten Tagen eine Anzahl von Besprechungen abgehalten, in denen ein Katalog der Verhandlungsgegenstände aufgestellt worden ist.

Ganz allgemein darf gesagt werden, daß alle Mitglieder der deutschen Ausschüsse den festen Willen zeigen, mit der französischen Wirtschaft zu einer Einigung zu kommen.

Alle französischen Vorschläge sollen aufs eingehendste geprüft werden, und man denke nicht daran, irgendeinen [illegible] ulehnen. Es ist [illegible] der Rheinschiff- [illegible] wird, und wie [illegible] all, daß darüber [illegible] holländische und



[illegible]n

[illegible] schland.

[illegible] 13. November.

[illegible] s"-Korrespondent [illegible] u. a.: Man hofft, [illegible] tionen zu zahlen [illegible] Sachlieferungen, [illegible] sulden in erträg- [illegible] e die vormaligen [illegible] aran haben dürf- [illegible] ehmen. Die Aus- [illegible] chkeiten vielleicht [illegible] erden, haben die [illegible] nlaßt, die Nation [illegible] Preis einer besse-

[illegible] wärtsentwickelt, [illegible] vielleicht auch

[illegible] e Bereitschaft zur [illegible] schaft sehr wohl [illegible] mitzuhelfen, die Früchte des Erfolges einzusammeln. Inzwischen geht das Leben in Deutschland so ziemlich seinen gewohnten Gang. Das Land leidet unter Einschränkungen, aber die Einschränkungen sind nicht übertrieben.

Die Notlage, die seit 18 Monaten mit Notverordnungen begegnet wurde, war nicht eine bevorstehende Revolte oder Katastrophe, sondern die Unfähigkeit des Reichstages, mit seiner Unzahl von Gruppen und Parteien als gesetzgebender Körper zu arbeiten.

Am Schluß des Artikels heißt es mit Bezug auf Deutschland und Oesterreich: In beiden Ländern ist das normale politische, wirtschaftliche und finanzielle Leben einer so schweren Belastung ausgesetzt, wie sie gerade noch erträglich ist. Es ist von größter Wichtigkeit für die gesunde Entwicklung Europas, zu verhindern, daß die Belastung derartig wächst, daß ein Zusammenbruch erfolgt, und jede Anstrengung zu unternehmen, um die Last zu erleichtern.

Abrüstungskundgebungen in USA.

Neuyork, 13. November.

Die Carnegie-Friedensstiftung, der Völkerbundsverband und verschiedene andere Friedensverbände veranstalteten anläßlich des Waffenstillstandstages in 50 größeren Städten Kundgebungen für die Abrüstung.

Auf der Kundgebung in Neuyork regte der ehemalige Botschafter in Berlin und London Houghton an, unabhängig von Frankreich zwischen den Vereinigten Staaten und anderen Mächten eine Vereinbarung zur Abrüstungsfrage zu treffen. Frankreich werde sich sicher einer Abrüstung zu Wasser und zu Lande widersetzen. Die Abrüstungskonferenz in Genf dürfte aber nicht an dem Widerstand Frankreichs scheitern.

Die Tätigkeit des Wirtschaftsbeirates

Berlin, 13. November.

Ohne an dem guten Willen der Mitglieder des Wirtschaftsbeirates Zweifel zu hegen, muß doch gesagt werden, daß bei der Suche nach Lösungsmöglichkeiten für die gegenwärtige Krise und die Grundlage für ein Aktionsprogramm es so zu sein scheint, daß zwar eine Reihe von Problemen ernsthaft erörtert worden ist, daß aber bei jeder dieser Fragen, mag es sich nun um die Zinssenkung, um die Frage der Kartelle und um die Frage der Preis- und Lohnsenkung gehandelt haben, die Schwierigkeiten und Bedenken im Vordergrunde gestanden haben. Es sind nicht einmal die großen Gegensätzlichkeiten gewesen, die auseinandergeplatzt sind, sondern die in der Natur der Probleme liegenden Schwierigkeiten haben sich im Laufe der Beratungen bei den einzelnen Vorschlägen immer mehr verstärkt.

In dem Zusammenhang darf noch einmal daran erinnert werden, daß Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsbankpräsident Luther sich stets und einmütig gegen alle Vorschläge gewandt haben, die inflationistische Wirkungen im Gefolge haben könnten.

Bei der Frage der Auflockerung der Tarife wird einmal die schnellere Anpassungsmöglichkeit an veränderte Verhältnisse gefordert. Das bedeutet u. a. die

Einführung einer Kündigungsklausel.

Hier wird aber von Seiten der Sozialpolitiker eine Rechtssicherheit verlangt, die dadurch geschaffen werden könnte, daß die Kündigung nicht durch private Kündigungserklärung der tarifschließenden Verbände erfolgt, sondern daß dazu der Beschluß entweder einer Arbeitsgerichtsbehörde oder einer Schlichtungsbehörde notwendig sein soll. Schwieriger wird sich die Erreichung einer größeren Elastizität in der Handhabung der Tarifverträge erzielen lassen. Wenn etwa bei den Tarifverträgen Lohnspannen festgesetzt werden sollten, so dürfte dabei nur der Minimalsatz Bedeutung haben. Ob die Regierung sich zu einem solchen Vorgehen entschließen wird, bleibt zweifelhaft.

Es scheint, daß man die Elastizität des Tarifvertrages darunter versteht, daß in besonderen Einzelfällen von einer festen Grundnorm abgewichen werden kann.

Wenn ein Unternehmen, dessen Erhaltung aus volkswirtschaftlichen oder nationalen Gründen geboten erscheint, bei Zahlung der Tariflöhne nicht ohne Verlust weitergeführt werden kann, sollen Möglichkeiten geboten werden, untertarifliche Löhne zu zahlen. Bei derartigen Einschränkungen des Tarifvertrages werden aber von Sozialpolitikern alsdann auch arbeitsrechtliche Sicherungen geboten, die u. a. darin bestehen können, den Arbeitern in solchen Betrieben ein größeres Mitbestimmungsrecht einzuräumen. Weiter ist vorgeschlagen worden, daß in einem solchen Falle der Arbeitgeber eine Verpflichtung zur Aufrechterhaltung einer gewissen Zahl von Arbeitsplätzen übernimmt.

Die aus den Mitgliedern des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung gebildeten beiden Ausschüsse für Fragen der Produktionskosten und Preise und Fragen des Zinses und Kredites haben ihre Generalaussprache in der Reichskanzlei unter Vorsitz des Reichskanzlers Brüning, zu Ende geführt.

Die Reichsregierung wird nunmehr während der nächsten Tage unter Leitung der nächstbeteiligten Reichsminister in Einzelbesprechungen mit den Ausschußmitgliedern die Formulierung von Leitsätzen über die Gestaltung des Wirtschaftsprogramms vorbereiten.

Diese Leitsätze sollen den beiden Ausschüssen, die nach dem Bußtag in der zweiten Hälfte der nächsten Woche wieder tagen, zur endgültigen Begutachtung vorgelegt werden.

Groener vor dem Reichsrat.

Neue Erklärung über den Rundfunkzwischenfall.

Der Reichsrat hielt am Donnerstag eine Vollsitzung ab, in der Reichsminister Groener den Vorsitz führte. Der Minister benutzte die Gelegenheit, sich dem Reichsrat als neuer Innenminister vorzustellen. Er wies hin auf die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit den Ländern und kam in diesem Zusammenhang auch auf den Rundfunkkonflikt mit Preußen zu sprechen. Der Minister führte hierzu folgendes aus:

„Nun ist die Sache nicht so, daß etwa sachliche Differenzen uns irgendwie getrennt hätten. Ich bin überzeugt, daß, wenn die Zeit gewesen wäre, diese sachliche Angelegenheit in gegenseitiger Aussprach zu klären, überhaupt niemand davon erfahren hätte.

Aber eines möchte ich sagen: daß es für mich untragbar ist, wenn mir plötzlich wenige Stunden, ehe der Vortrag im Rundfunk steigen soll, eine Entscheidung vorgelegt wird, die nicht in wenigen Stunden erledigt werden kann.

Das ist ganz ausgeschlossen, und so habe ich das größte Interesse daran — und ich glaube, daß auch die Länder dasselbe Interesse haben — daß wir so frühzeitig von all diesen Absichten, die mit dem Rundfunk zusammenhängen und politischer Art sind, unterrichtet werden, daß das Reichsinnenministerium sich mit den betreffenden Ländern in Verbindung setzen kann und daß genügend Zeit bleibt, um etwa bestehende auseinandergehende Meinungen zu beseitigen. **Und daraufhin werde ich mir erlauben, die zur Zeit bestehenden Bestimmungen nachzuprüfen, und nach einer Aussprache auch mit dem preußischen Ministerpräsidenten, die für nächste Woche vorgesehen ist, Ihnen zu gegebener Zeit mit entsprechenden Vorschlägen zu kommen."**

Fruchtlose Versuche

Ein neuer Appell Briands.

Genf, 13. November.

In seiner Eigenschaft als Ratspräsident hat Briand wiederum einen Appell an China und Japan gesandt.

Er erinnert nochmals daran, daß die beiden Parteien sich vor dem Rat verpflichtet hätten, jede Verschärfung des Konflikts zu vermeiden und besteht darauf, daß den Kommandanten der beiderseitigen Streitkräfte die strikktesten **Anweisungen gegeben werden, sich jeder militärischen Aktion zu enthalten.**

Im übrigen spricht Briand die Erwartung aus, daß den Ratsmächten, die vielleicht Beobachter an Ort und Stelle entsenden, um sich ein Bild über die Vorgänge zu machen, die Ausübung ihrer Aufgabe ermöglicht werde.

Unterstützung Joshisawas in Paris.

Die japanischen Botschafter in London und Rom haben Anweisung erhalten, zur Tagung des Völkerbundsrats nach Paris zu fahren, um Joshisawa zu unterstützen. Der japanische Gesandte in China hat Anweisung erhalten, bei der Nankinger Regierung Beschwerde zu erheben, weil sich chinesisches Militär bei den letzten Unruhen in Tientsin näher als 50 Meter vor der japanischen Konzession befunden habe, was gegen das chinesisch-japanische Abkommen vom Jahre 1902 verstoße.

Die amtlichen Kreise in Japan äußern ernste Befürchtungen über die Entwicklung der Dinge in der Nordmandschurei, wo die südlich von Anganschi stehenden chinesischen Truppen den japanischen Kräften an Zahl überlegen seien.

Die japanischen Verluste

Einer Mitteilung des japanischen Kriegsministeriums zufolge betragen die bisherigen Verluste der japanischen Truppen in der Mandschurei 129 Tote, 302 Verwundete und 6 Vermißte.

Gerüchte über ein russisches Vorgehen

Gerüchte von einer angeblichen Unterstützung des chinesischen Generals Matschanschan durch die Russen in der Nordmandschurei tauchen immer wieder auf.

So soll eine Abteilung von 3000 Chinesen, Russen und Koreanern nach Tsitsikar marschieren. Das japanische Kriegsministerium gibt zu verstehen, es habe aus verschiedenen glaubwürdigen Quellen erfahren, daß zwischen dem 6. und dem 12. d. M. 15 russische Lastwagen mit Waffen und Munition in Anganschi eingetroffen und an General Matschanschan weitergeleitet worden seien.

Saargemeinden unter Kuratel

Kontrolle der gemeindlichen Verpflichtungen.

Saarbrücken, 13. November.

Die Regierungskommission hat dem Landesrat einen Gesetzentwurf zugehen lassen, wonach künftig alle Anleihen, auch die kurzfristigen, ebenso alle Bürgschaftsverpflichtungen und sonstigen Verpflichtungen aus Gewährsverträgen der vorherigen Genehmigung bedürfen.

Außerdem sollen die Rechtsgeschäfte der Gemeinden der Zustimmung der Regierungsmitglieder für die Angelegenheiten des Innern und der Finanzen unterworfen werden und weiterhin an die Zustimmung der gesamten Regierungskommission gebunden sein, sofern die Rechtsgeschäfte in einer anderen als der gesetzlichen Währung getätigt werden. Die Regierung begründet ihre Vorlage mit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311114-15/fragment/page=0005